

Wirtschaft

Welche finanziellen Folgen die Einführung der Abgeltungssteuer auf die Verrechnungssteuer hat

SEITE 21

Letzte

Hoffnung für Alzheimer-Kranke: Neuer Impfstoff aus Schweden hat bei 80 Prozent der Patienten gewirkt

SEITE 32



Ausland

Die Schweiz begrüsst Einigung: Schengen-Staaten geben sich neue Möglichkeiten für Grenzkontrollen

SEITE 22



Die Räte aus der Oberseeregion ergriffen in der Spardebatte häufig das Wort (links Beat Jud, Schmerikon, und Yvonne Suter, Rapperswil-Jona, beide CVP). Bilder: Regina Kühne

Bürgerliche bringen das Sparpaket durch

SPARPAKET. Die bürgerlichen Parteien können zufrieden sein: Während der zweitägigen Debatte um das Sparpaket II, das Entlastungen von 210 Millionen umfasst, konnten sie zahlreiche Entschärfungsversuche der Ratslinken abschmettern. Die Regierung wurde gestern beauftragt, die Fusion des Spitals Linth mit Wattwil und Wil zu prüfen.

MATTHIAS MEHL

Sie hatten an Demonstrationen Parolen gebrüllt, im Internet mobil gemacht und der Bildung im Rapperswiler Hafen eine symbolische Wasserbestattung bereitet. Doch all die medienwirksamen Aktivitäten der St. Galler Studenten vor und während der Junisession nutzten ihnen letztlich nichts: Gestern beschloss das Kantonsparlament, die Studiengebühren im Rahmen der Spardebatte anzuheben. Das stiess der Fraktion aus SP und Grünen besonders sauer auf. Diese hatte sich dafür eingesetzt, die Massnahme aus dem Sparpaket II zu streichen. Sie unterlag klar mit 30 Ja- zu 76 Nein-Stimmen.

Zumindest erreichte Nils Rickert (GLP, Rapperswil-Jona) mit seinem Antrag, dass die Studenten während der kommenden drei Jahre nicht noch mehr bezahlen müssen. Dies sollte der Verunsicherung unter den Studierenden entgegenwirken, begründete Rickert seinen Antrag.

Wenig, aber besser als nichts

Als äusserst schwachen Trost wertete allerdings SP-Rätin Laura Bucher aus St. Margrethen den Antrag von Rickert. «Das Ganze ist scheinheilig, wir hätten

vielmehr die Erhöhung streichen sollen.» Dennoch: Das Zuckerli an die Studenten sei besser als nichts.

Spitalfusion wird untersucht

Der Regierungsrat muss die Fusion des Spitals Linth mit den Spitälern Wil und Wattwil prüfen. Dies haben die Räte gestern beschlossen. Die Idee zur Fusion kommt aus der Mitte der Finanzkommission. Anders als die Regierung, die nur

eine engere Kooperation der Spitäler anstrebte, sah die Kommission eine Fusion als sinnvoller an. Es gebe genug Möglichkeiten, um Synergien zu nutzen. SVP-Mann Christian Rüegg aus Rüeterswil wollte auf die Prüfung verzichten und bekämpfte das Vorhaben mit einem Antrag. Er warnte vor einer «weiteren ungerechtfertigten Pseudofusion».

CVP-Rätin Yvonne Suter (Rapperswil-Jona) schlug ähnliche Töne an. «Hier wird zusammengedrängt, was nicht zusammengehört.» Nur schon aus rein geografischer Sicht ergebe eine Fusion wenig Sinn. Das Spital Linth arbeite heute erfolgreich mit den Spitälern Glarus, Lachen und Männedorf zusammen. Jetzt Wil und Wattwil ins Spiel zu bringen, sei

eine Zwängerei. Zusätzliche Schützenhilfe erhielt das Spital Linth von Gesundheitsdirektorin Heidi Hanselmann: «In Uznach funktioniert, allen Unkenrufen zum Trotz, der Alleingang des Spitals sehr gut.» Man müsse hier keine Änderungen erzwingen. Christian Rüeggs Streichantrag fiel mit 48 zu 52 Stimmen knapp durch. Seine SVP-Fraktionskollegen aus der Oberseeregion hatten für die Fusion gestimmt. Der Grossteil der regionalen CVP-Räte stimmte gegen die Fusion, ebenso die Obersee-Parlamentarier aus FDP, SP und Grünen.

Kein Sparpaket III, aber...

Gegen Ende der Spardebatte wollte die FDP den Regierungsrat gleich mit dem nächsten Sparpaket beauftragen. Das Sparpaket III, das 60 Millionen hätte umfassen sollen, war als Mittel gegen eine drohende Steuerfusserhöhung gedacht. Das Parlament lehnte den Antrag der FDP allerdings mit 59 zu 46 Stimmen ab. Die FDP erhielt einzig Unterstützung von der SVP-Fraktion. Finanzdirektor Martin Gehrer war ob des Entscheids erleichtert. «Das Fruchtfleisch der Zitrone ist ausgepresst – hier wollte man noch die Schale ausquetschen.» Ganz ungeschoren kam Gehrer aber nicht davon, denn die Fraktionen von SVP, FDP und CVP-EVP brachten einen anderen Antrag durch: Die Regierung muss weitere Einsparungen konkretisieren. Im Budget 2013 müssen 26,2 Millionen Franken eingespart werden, in den Jahren 2014 und 2015 je 10 Millionen Franken.

WO SONST NOCH GESPART WIRD

Weniger für Beamte

Die Angestellten der St. Galler Staatsverwaltung müssen in den nächsten drei Jahren auf zusätzliche Ferientage, eine Reallohnerhöhung und den Ausgleich der Teuerung verzichten. Beat Jud (CVP, Schmerikon) wollte den Personalaufwand weiter senken, um 13 Millionen Franken. Juds Antrag wurde mit 56 zu 53 Stimmen knapp abgelehnt.

Pendlerabzug wird verringert

Der Pendlerabzug wird auf 3000 Franken beschränkt. Die Regierung rechnet mit 13 Millionen Franken mehr Einnahmen ab 2015. Ein Streichungsantrag der SVP-Fraktion wurde abgelehnt.

Suchtberatung jetzt Gemeindefache

Die Gemeinden erhalten ab 2013 keine Beiträge mehr für die Suchtberatung. Der Staatshaushalt wird dadurch um 3,2 Millionen Franken pro Jahr entlastet.

Weniger für Strassenfonds

Ertragsüberschüsse des Strassenverkehrsamts werden ab 2013 nicht mehr dem Strassenfonds zugeführt, sondern fließen in den Staatshaushalt.

Staatsbeiträge beschnitten

Der Kanton kürzt die Staatsbeiträge ab dem Jahr 2015 um 20 Millionen Franken. Eine noch weitergehende Kürzung um 30 statt 20 Millionen wurde im Rat nur knapp abgelehnt. (sda)

SBB dünnt Kundenangebot aus

ZÜRICH. Abbau beim Kundenangebot der SBB: Zehn Billettschalter im Netz der Zürcher S-Bahn bleiben ab September am Samstag geschlossen. Die SBB begründen den Schritt mit veränderten Kundenbedürfnissen und gesunkenen Umsätzen an den Bahnschaltern. Die Anpassung der Schalteröffnungszeiten erfolge in Abstimmung mit dem Zürcher Verkehrsverbund (ZVV), teilten die SBB am Donnerstag mit. Betroffen sind die Bahnhöfe Bubikon, Dielsdorf, Dietlikon, Fehraltorf, Hinwil, Kloten, Männedorf, Nänikon-Greifensee, Richterswil und Schlieren. Sie alle werden künftig nur noch von Montag bis Freitag geöffnet sein. Mehr als zwei Drittel der Bahnreisenden besäßen heute ein Pauschalabonnement oder kauften ihr Ticket am Billettautomaten, im Internet oder via Handy. Dadurch seien die Umsätze an den Billettschaltern gesunken. Ausserhalb der Öffnungszeiten stünden den Kundinnen und Kunden weiterhin «moderne Billettautomaten mit Berührungsbildschirm» zur Verfügung, heisst es in der Mitteilung. Dort könnten auch Mehrfahrtenkarten und Tageskarten gekauft werden. (sda)

26-Jähriger niedergestochen

ZÜRICH. Mit einer lebensgefährlichen Stichverletzung im Bauch ist am Dienstagabend ein 26-jähriger Mann aus Sri Lanka im Zürcher Kreis 5 aufgefunden worden. Nach bisherigen Erkenntnissen war er von einem Mann niedergestochen worden. Der Verletzte lag vor einem Haus an der Josefstrasse, wie die Stadtpolizei Zürich gestern Donnerstag mitteilte. Er wurde ins Spital gebracht, wo sich sein Zustand stabilisiert hat. Tathergang und Hintergrund sind noch völlig unklar. (sda)

Im Wald versteckt

RÜTI. Versteckt hinter einem Holzstapel im Wald bei Rüti haben zwei Einbrecher gehofft, die Polizei würde sie übersehen. Vergeblich: Die beiden 25-jährigen Serben wurden verhaftet. Das Duo war in der Nacht auf gestern Donnerstag auf einer Baustelle in einen Baucontainer eingebrochen. Dabei wurden sie von einer Anwohnerin beobachtet. Als die Einbrecher die Polizei erblickten, rannten sie in den Wald. (sda)

Grüne mit neuem Präsidium

KANTON ST. GALLEN. Die Grünen Kanton St. Gallen haben an ihrer Vollversammlung ein neues Präsidium gewählt. Cécile Federer aus St. Gallen und Andreas Graf aus Steinach bilden das neue Co-Präsidium. Nach achtjähriger Tätigkeit als Präsident und zwölfjähriger Vorstandsarbeit hat Urs Bernhardsgrütter aus Rapperswil-Jona sein Amt weitergegeben. Ebenfalls ist Vizepräsident René Sieber aus Widnau zurückgetreten. Neu in den Vorstand wurde Rudolf Buchmann aus St. Gallen gewählt. Wiedergewählt und bestätigt wurden Yvonne Gilli (Nationalrätin) aus Wil, Markus Mauchle (Kassier) aus St. Gallen, Hanspeter Frey aus Engelburg und Basil Oberholzer (Junge Grüne) aus St. Gallen. (e)